

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 8 (1967)
Heft: 7

Artikel: Die Tschechoslowakei : weiter als die andern 2
Autor: Taborsky, Edward
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1077055>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Tschechoslowakei:

Weiter als die andern ²

Von Edward Taborsky

In der Tschechoslowakei entsteht eine öffentliche Meinung abseits der hergebrachten Dogmen und der jeweils geltenden Auffassungen des Zentralkomitees. Sie manifestiert sich, freilich noch immer unter Einhaltung parteigemässer Spielregeln, namentlich in der kulturellen Presse und namentlich im slowakischen Landesteil, hat aber die Tendenz, immer allgemeiner zu werden. Thematisch berührt dieser Prozess beinahe alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens: Kultur, Sozialwissenschaften, Geschichtsschreibung, Wirtschaft. Die neuen Tendenzen auf diesen Gebieten (siehe KB, Nr. 6) lassen die Frage aufkommen, ob nicht auch die ideologischen Grundkonzeptionen selbst ablösungsreif geworden sind. Edward Taborsky, seinerzeit Sekretär von Präsident Benes und tschechoslowakischer Diplomat, sieht Anzeichen dafür gerade im Wirtschaftsleben.

Eine neue Definition des Sozialismus scheint bei marxistischen Autoren der Tschechoslowakei Gestalt anzunehmen, eine Definition, die individuellen Unternehmungen einen grösseren Platz einräumt. Der Dozent Jozef Ceconik (siehe letzte Nummer) schrieb dazu in «Kulturny Zivot»:

«Wir können uns durchaus eine fortgeschrittene sozialistische Gesellschaft vorstellen, in welcher (selbständige) Handelsleute und Bauern ihren Platz haben. Gutes Handwerk und Bauerntum sind für eine fortgeschrittene sozialistische Gesellschaft wichtiger als unwirksame Genossenschaften und mangelhafte öffentliche Dienstleistungen. In gewissen Fällen sind (selbständige) Handwerker und Bauern für eine sozialistische Gesellschaft wirtschaftlich vorteilhafter als staatliche Unternehmungen oder Genossenschaften.»

In entsprechender Weise hat sich der Direktor des Tschechoslowakischen Forschungsinstituts für nationale Wirtschaftsplanung, Zdenek Verg-

ner, dafür ausgesprochen, den Leuten «Gelegenheit zu geben, ihr Glück in ihren eigenen Unternehmungen zu versuchen», Konsortien zu bilden und für solche Vorhaben Bankkredite zu erhalten.

Politische Auswirkungen?

Werden schliesslich die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen politische Auswirkungen haben? Einige Autoren sind jedenfalls dieser Ansicht. So forderte der slowakische Philosoph Julius Strinka, die «qualitativen Aenderungen in der bestehenden Struktur des Sozialismus» sollten sich nicht nur auf das Wirtschaftsleben beschränken, sondern sich auch auf die politischen Verhältnisse erstrecken. Er sieht insbesondere in der Errichtung einer organisierten, verfassungsmässig garantierten Kritik die Möglichkeit, die Vollständigkeit der Macht durch eine Vollständigkeit der Kritik zu ergänzen. Hier ist, nur wenig verklausuliert, der Ruf nach organisierter Opposition laut geworden.

Noch offener formuliert ihn der slowakische Jurist Michal Lakatos. In der Rechtszeitschrift «Pravny Obzor» bekannte er sich zur häretischen Ansicht, dass auch in einer sozialistischen Gesellschaft ein echter Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten bestehe, und er rechnet die Werktätigen den letzteren zu. Zur Ueberwindung dieses Gegensatzes befürwortet er eine repräsentative Regierung und «Wahlen mit der Möglichkeit einer echten Entscheidung».

Der tschechische Jurist Pavel Peska erachtet es als «unbestreitbar», dass das neue ökonomische System «auch ein adäquates politisches System zur Ersetzung des alten erfordert, welches sich historisch entwickelt hat, und bei dem die politische und wirtschaftliche Macht im grösstmöglichen Ausmass konzentriert sein musste, bei dem die politische und moralische Unterstützung der Massen es erlaubte, die demokratischen Regierungsformen in einer rein rousseauhaften Art zu absolutisieren». Unter einem «adäquaten politischen System» versteht Peska die «Einschränkung der Macht durch relativ autonome Sphären für die Einzelnen und für demokratische Institu-

tionen». Auch dieser Beitrag, der in der Zeitschrift «Pravnik» erschien, spricht sich also für unabhängige Träger der Meinungsbildung aus.

NEM contra KP

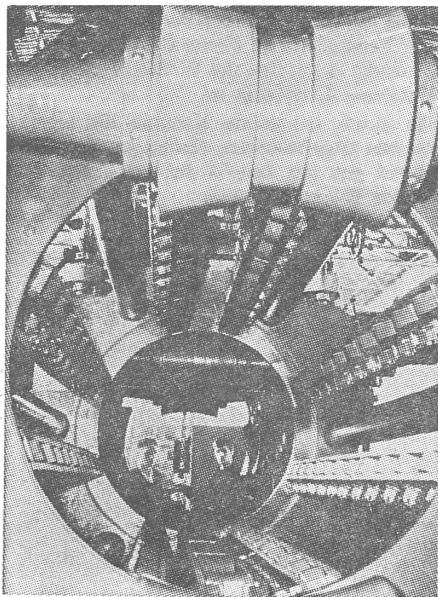
Dass die laufenden Wirtschaftsreformen politische Hoffnungen wecken, ist verständlich. Unter Voraussetzung, dass es wie vorgesehen verwirklicht wird, muss das neue System die Macht der Parteibürokraten auf allen Stufen des Wirtschaftsapparates erheblich vermindern und den Leitern von Unternehmungen und ihren Mitarbeitern grössere Kompetenzen geben. Wenn es um personelle Ernennungen geht, werden technisches Wissen und Managerfähigkeiten mehr Gewicht erhalten als die berühmten «Kaderblätter». Andererseits werden die Reformen unzweifelhaft eine Anzahl von Härtefällen unter den Arbeitern schaffen. Die beabsichtigte Schliessung unrentabler Betriebe wird Arbeitsplatzwechsel, gezwungene Umsiedlung, wenn nicht zeitweilige Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Dies mag neben Unzufriedenheit mit den Reformen auch Unzufriedenheit mit der Parteiführung nach sich ziehen, was politische Implikationen bedeutet. Schliesslich hängt der Erfolg der Reformen auch von erweiterten Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen ab, und der Faktor «Verwestlichung» wird sich sehr schwer auf den bloss ökonomischen Sektor beschränken lassen.

Nun sind sich Parteiführung und ihre orthodoxen Anhänger dieser Risiken von Anfang an durchaus bewusst gewesen. Zunächst hatten sie das Gedankengut der Reformen selbst bekämpft. Die offensichtliche Krise des überholten Systems zwang sie dann zu einer grundsätzlichen Bejahung, die aber mit allerhand Verzögerungsmanövern und Abschwächungsmanövern Hand in Hand ging. Wenn sie sich schliesslich genötigt sahen, das Patronat über die Reformen selbst zu übernehmen, so geschah das weitgehend «malgré eux». Noch 1964 hatte Novotny den Reformern «olympische Arroganz», «Einseitigkeit», «unkorrekte und subjektivistische Auffassungen» usw. vorgeworfen. Das Neue Oekonomische Modell ist demnach Ergebnis einer langwierigen und zähen Ausmarchung zwischen den liberalen und orthodoxen Kräften innerhalb der Partei. Seine Annahme ist also eindeutig als Sieg der ersteren zu bewerten.

Kultur: Verwestlichung

Lange Zeit galt die Tschechoslowakei als sowjetischer «Mustersatellit». Die seitherige Emanzipation weist je nach Gebieten ein sehr unterschiedliches Tempo auf. In der Aussenwirtschaft, wo eine starke Abhängigkeit von der UdSSR besteht, und in der Politik hat sie keine spektakulären Fortschritte zu verzeichnen, um so mehr aber auf dem «Kultursektor».

Die Kulturbeziehungen sind in den letzten Jahren westbezogener geworden, zunächst schon in formeller Hinsicht. Die Tschechoslowakei hat mit westlichen Ländern eine Reihe von Abkommen getroffen, die gegenseitiges Stipendienwesen und weitere wissenschaftliche und kulturelle Austauschprogramme betreffen. Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler nehmen zunehmend an internationalen Tagungen im Ausland teil und statten Ländern wie Frankreich, Grossbritannien, den USA usw. Besuche von längerer Dauer ab.



Perspektive: Durch die Wirtschaft auf den Menschen. Bild: «Nova Mysl», Prag.

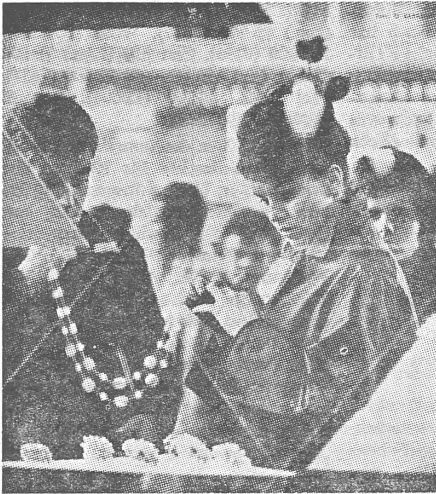


Bild: «Tschechoslowakische Jugend», Prag.

Uebersetzungsflut

Praktisch von noch grösserer Bedeutung ist aber die eigentliche Uebersetzungsflut, durch die ausländisches Schrifttum in der CSSR verbreitet worden ist. Dabei ist sie nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht bemerkenswert, wird doch die Auswahl der Werke nicht mehr lediglich nach dem Kriterium getroffen, ob sie der marxistisch-leninistischen Schablone entsprechen oder nicht. Westliche Theaterstücke, Filme und Fernsehstreifen haben sich überdies ein Auditorium gewonnen, welches der sowjetischen «Konkurrenz» alle Mühe macht. Seit 1965 kann man in der Tschechoslowakei von einem neuen Repertoire sprechen, das sich dem Lese- und Zuschauerpublikum schlagartig geöffnet hat.

Eine objektive Note ist in die Berichterstattung über den Westen gekommen, vor allem was die kulturelle und soziale Entwicklung angeht. Selbstverständlich ist bei vielen politischen Themen nur eine einzige «richtige» Betrachtungsweise zugelassen. Das gilt in erster Linie in bezug auf den Vietnamkrieg. Aber selbst hier, wo man ein absolutes Tabu annehmen würde, ist durch den Abdruck einer französischen Berichterstattung über Vietnam in der Prager Zeitschrift «Literarni Noviny» eine Ausnahme geschaffen worden (siehe dazu KB, Nr. 17, 1966). Dass die Presse eines kommunistischen Landes in detaillierter Weise Vietcong-Verbrechen schilderte, war bis dahin präzedenzlos, aber es ist kein Zufall, dass es gerade in der Tschechoslowakei geschehen konnte.

Das amerikanische Jahr

Die USA sind zu einem bevorzugten Thema von Zeitungsartikeln, Radiogesprächen und selbst Büchern geworden, die das amerikanische Leben häufig in seinen positiven Aspekten schildern. Berichte über amerikanische Geschäftsführung und Wirtschaftsleitung legen zuweilen sogar eine Bewunderung an den Tag, die man in Westeuropa kaum so ausgesprochen finden dürfte. Das jüngste Buch, das Zeugnis für das grosse Interesse an diesem Land ablegt, ist «Das amerikanische Jahr» von Irena Dubska. Es erhielt einen Preis als bestes Prosaabuch von 1966.

Hoch in Kurs stehen westliche Fremdsprachen. Zu Beginn dieses Schuljahres war die staatliche Schule für Sprachen in Prag am ersten Anmelde-tag so umlagert, dass die Polizei eingreifen musste. In Bratislava waren die Anmeldungen zu den Schulen mit «nichtslawischem» Sprachunterricht so zahlreich, dass (laut «Prace») «sogar sehr intelligente Kinder» zurückgewiesen werden mussten.

Westhandel

Auf wirtschaftlichem Gebiet betont man offiziellerseits das Interesse an engeren Kontakten mit dem Westen. Der Handel mit diesen Ländern hat stark zugenommen, mit Frankreich von 63 Millionen Kronen (1953) auf 350 Millionen Kronen (1965), mit Grossbritannien von 375 Millionen Kronen auf 962 Millionen Kronen, mit Westdeutschland von 167 Millionen Kronen auf 1,297 Milliarden Kronen. Zwischen 1958 und 1965 stieg der tschechoslowakische Handel mit der EWG um 65 Prozent, mit der Efta um 89 Prozent. Der Westhandel machte 1965 insgesamt 26,8 Prozent des CSSR-Aussenhandels aus.

Lizenz- und Koproduktionsverträge mit westlichen Firmen werden von den tschechoslowakischen Wirtschaftlern lebhaft befürwortet. Vor noch nicht allzu langer Zeit hätte man solche gemeinsamen kapitalistisch-sozialistische Unternehmen als undenkbar betrachtet. Heute haben sie den allerhöchsten Parteisegen, und die Fachpresse des Landes ist des Lobes voll über diese Zusammenarbeit. Man nennt die Kooperation mit fortgeschrittenen westlichen Firmen bereits eine «objektive Notwendigkeit».

Darnach kann es kaum noch verwundern, wenn tschechoslowakische Oekonomen (so Otto Klicka im parteiamtlichen «Rude Pravo») seit kurzem das Thema einer internationalen Arbeitsteilung angeschnitten haben, die sowohl sozialistische als auch kapitalistische Länder umfassen soll. Die zuvor ausschliesslich angestrebte «sozialistische Arbeitsteilung» ist somit ins Hintertreffen geraten. Soweit sich übrigens aus jüngsten Aeusserungen hoher Partei- und Staatsfunktionäre schliessen lässt, scheinen die Wirtschaftler mit ihren Ansichten bis in die höchsten Gremien durchgedrungen zu sein.

Deutschland zwischen Politik und Touristik

Allerdings haben sich die prowestlichen Strömungen, die in Wirtschaft und Kultur manifest sind, in der Politik nur schwach ausgewirkt. Immerhin wurden etwa Schritte zur Verbesserung der Beziehungen mit dem Vatikan eingeleitet, und auch sonst ist das zwischenstaatliche Klima im allgemeinen milder geworden. Eine Hauptfrage der Aussenbeziehungen ist gegenwärtig das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland. Bonns diesbezügliche «Offensive» hat jedenfalls nicht die spektakulären Aenderungen hervorgerufen, die mancherorts erwartet worden waren, und Moskaus Einfluss ist in dieser Beziehung offensichtlich nach wie vor dominant.

Auf weniger hohen Ebenen aber sehen die Kontakte zu Westdeutschland schon freundlicher aus. Deutsche Touristen kommen in immer grösseren Mengen in die CSSR, wo sie willkommen sind. Etliche von ihnen treffen hier Verwandte und Freunde aus Ostdeutschland. Obwohl Pankow das offensichtlich ungenügend sieht, legen die tsche-

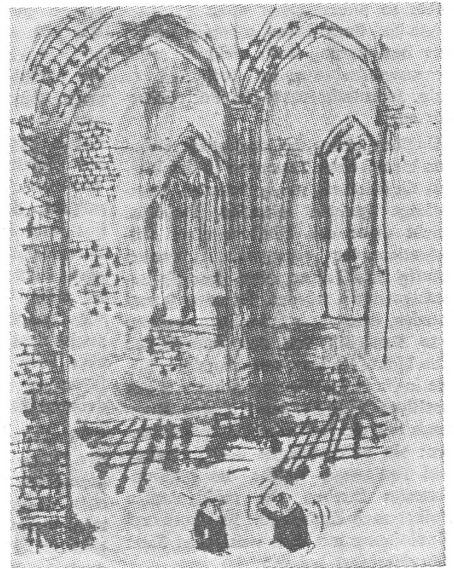
choslowakischen Behörden dem keine Hindernisse in den Weg. Der Austausch von Wissenschaftlern zwischen den beiden Ländern hat demnach zugenommen, dass 1965 die Tschechoslowakei das stärkste vertretene Land im diesbezüglichen deutschen Austauschprogramm war. Auch die Kulturkontakte haben sich entwickelt. Im Herbst des letzten Jahres wurde ein Festival im deutschen Neham-Hüsten, unter anderem mit Begegnungen zwischen deutschen und tschechoslowakischen Schriftstellern, mit Theater- und Filmvorführungen, zu einem Erfolg.

Arme gute Sowjetfilme

Der kulturellen Hinwendung zum Westen entspricht in dieser Hinsicht eine Abkehr von der Sowjetunion. Sowjetische Bücher, Theaterstücke und Filme sind weniger gefragt als früher, und überdies wird erst noch denen der Vorzug gegeben, die sich über die Prinzipien des sozialistischen Realismus hinwegsetzen oder bei sowjetischen offiziellen Stellen Anstoss erregt haben. Geradezu von einer Diskriminierung sowjetischer Erzeugnisse lässt sich im Filmbetrieb reden, wo Publikum und Kritik häufig westlichen Durchschnittsfilmen grössere Beachtung schenken als sowjetischen Meisterwerken. Hier handelt es sich wohl um eine Art Nachholbedarf der Öffentlichkeit, die allzu lange die Welt durch die «russische Brille» hatte betrachten müssen.

Der Besuch von russischen Sprachkursen ging von 232 000 im Jahre 1950 auf 73 000 im Jahre 1963 zurück, und die Anzahl von Russischkursen verringerte sich in der gleichen Periode von 14 174 auf 6700. Der Rückgang hat seither angehalten. Im gegenwärtigen Schuljahr gibt es laut «Rude Pravo» noch 1600 Russischkurse. Die starke Rückläufigkeit dieser Zahlen ist damit zu erklären, dass der Russischunterricht nicht mehr obligatorisch ist. Strassen, Plätze, Betriebe usw., die nach sowjetischen Persönlichkeiten benannt waren, sind wieder umgetauft worden, und auch tschechoslowakische Fussballklubs haben ihre Namen aus der vorkommunistischen Zeit wieder angenommen.

(Fortsetzung auf Seite 10)



«Neues von oben! Kain ist rehabilitiert.» («Dikobraz», Prag)

«Sprachrebellion»
in Jugoslawien

(Fortsetzung von Seite 9)

Deshalb ist die Literatursprache, die sich um die zwei Zentren Belgrad und Zagreb gebildet hatte, eine einheitliche Sprache, wenn auch mit zwei Aussprachearten. 2. Zur Benennung dieser Sprache sind im Amtsgebrauch immer ihre beiden Teile zu nennen. 3. Die beiden Schriften, die lateinische und die kyrillische, sind gleichberechtigt. 4. Die beiden Aussprachearten sind ebenfalls gleichberechtigt.

Zu den damaligen Beschlüssen gehörte auch die Ankündigung eines gemeinsamen serbokroatischen Wörterbuches und eines gemeinsamen Rechtschreibungswerkes. Letzteres ist 1960 erschienen, während vom Wörterbuch bis jetzt die beiden ersten Bände vorliegen.

Die Vereinbarung von Novi Sad gründet übri-

gens auf eine ähnliche Vereinbarung, die schon mehr als hundert Jahre zuvor, 1850 in Wien, zwischen serbischen und kroatischen Schriftstellern getroffen worden war. Damals hatte man sich auf den südslawischen «Stokavski»-Dialekt als gemeinsame Literatursprache (bei phonetischer Rechtschreibung) geeinigt und ebenfalls eine Einheit der serbischen und kroatischen Sprache im linguistischen Sinne angenommen. Schon damals gab es auf beiden Seiten erhebliche Widerstände, die indessen die aufkommende Tradition einer gemeinsamen Sprache der Völker Jugoslawiens nicht hindern konnten.

Die rebellierenden Schriftsteller, Sprachforscher und Publizisten Kroatiens und Serbiens haben ein heisses Eisen angerührt. Die Partei und die Regierung haben die Angelegenheit als Politikum und nicht als eine fachliche Auseinandersetzung zwischen Sprachwissenschaftlern und Schriftstellern bezeichnet. Die Parteigremien sind durch die Geheimhaltung der Vorbereitungen für die Deklaration überrascht und verwirrt worden.

Ob die Meinung Titos in dieser sehr komplizierten und stark nationalistisch und emotionell gelagerten Atmosphäre der letzte Schiedsspruch sein wird, bleibt offen. Eines ist sicher: die Kommunisten Kroatiens und Serbiens sind in dieser Frage heute, wie vor hundert Jahren die andersgesinnten Serben und Kroaten, uneinig. Unbotmässige Schriftsteller gab es damals wie auch heute. Heute sind sie aber eine Gefahr für einen Vielvölkerstaat, der nicht unter fremder Herrschaft steht, während sie damals eine Gefahr für die österreichisch-ungarische Monarchie waren. Heute wie vor hundert Jahren erschüttern sie die Fundamente eines Staates, der sich aus mehreren Völkern zusammensetzt. Die Rebellion aus Kroatien ist damit für Titos Reich eine unvorgesehene Entwicklung, die mit viel politischer Weitsicht behandelt werden muss, um nicht die Existenz des Staates in Frage zu stellen. Sie ist auch ein Beweis dafür, dass die nationale Frage in Jugoslawien genau so wenig gelöst ist wie vor mehr als hundert Jahren. *Predislav Kuburovic*

Die Tschechoslowakei:
Weiter als die andern

(Fortsetzung von Seite 4)

Die Glorifizierung des sowjetischen Lebens hat im allgemeinen einer nüchteren Berichterstattung Platz gemacht, eine Feststellung, die durchaus auch auf die Parteipresse zutrifft. So hat «Rude Pravo» die sowjetischen Minimallöhne mit 40 Rubel pro Monat angegeben (und damit gegenüber der offiziellen Darstellung sogar untertrieben, und das Blatt führte an, dass in der UdSSR manchmal bis zu drei Familien eine Wohnnug mit einer Küche und einem Badezimmer teilen müssten usw. Das sind Beispiele, denen sich selbstverständlich orthodoxere gegenüberstellen liessen,

aber im grossen und ganzen gilt der Trend für die tschechoslowakische Presse insgesamt.

Aussenpolitik: Ganz stramm

Allerdings: Wenn man die Sowjetunion heute auch nicht mehr in einem rosigen Licht sieht, so gibt man ihr in politischen Fragen doch nach wie vor noch immer recht. In dieser Beziehung ist die Tschechoslowakei noch immer ein leuchtendes Beispiel von Loyalität. Handle es sich um Vietnam, China, Deutschland, Atomwaffen und Abrüstung, eine Uno-Abstimmung oder irgendeine andere Frage der internationalen Politik, man wird die Prager Parteiführung stets musterhaft an der Seite Moskaus finden. Die politische Bindung an die Sowjetunion ist noch ein echtes Tabu geblieben, dem sich auch jener Teil der

Presse fügt, der sich sonst gerne rebellisch gebärdet.

Hierzu ist der Faktor der wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht zu unterschätzen. 37 Prozent des tschechoslowakischen Handels wickelt sich mit der Sowjetunion ab, und das Handelsabkommen für die Jahre 1966—70 sieht eine Vergrösserung dieses Volumens vor. Auch ist die tschechoslowakische Produktion weitgehend auf die Bedürfnisse der Comecon-Länder zurechtgeschnitten, und der sowjetische Markt bleibt für die tschechoslowakische Wirtschaft noch auf lange Sicht unentbehrlich.

Parteispitze: Unverändert

Aber noch etwas anderes erklärt die enge politische Bindung an die Sowjetunion: die personelle Zusammensetzung der Parteiführung. Angesichts des grossen Aufbruchs der liberalen Kräfte im Lande ist es eigentlich erstaunlich, wie wenig sich an der Spitze verändert hat. Wohl wurden 1963 auf slowakischen Druck zwei alte Stalinisten, Siroky und Bacilek, gesäubert, aber dabei ist es allen gegenteiligen Erwartungen zum Trotz (mehrfach wurde fälschlicherweise der Rücktritt von Novotny selbst vorausgesagt) geblieben. Auch sind die neueren Mitglieder von Präsidium und Parteisekretariat kaum weniger orthodox als ihre Kollegen.

Mit dem Zentralkomitee ist es nur wenig besser bestellt. Die meisten seiner 110 Mitglieder sind Apparatschiks oder Opportunisten. Von den rehabilitierten Opfern der stalinistischen Säuberungen sind nur zwei ins ZK aufgenommen worden, die beide trotz ihrer Erfahrungen dem konservativen Flügel angehören.

Bei dieser dogmatischen Zusammensetzung suchen die höchsten Parteigremien ihren mangelnden Rückhalt in der Öffentlichkeit wenigstens durch den Rückhalt bei ihren sowjetischen Kollegen wettzumachen. Denn wenn sie Moskau fallen liesse (oder wenn sie selbst Moskau fallen liessen), hätten sie politisch bald ausgespielt.

So kommt es, dass die Tschechoslowakei ein politisches Satellitendasein weiterführt, das im Kontrast zu ihrer gesellschaftlichen Emanzipation steht. ■



Freiwillige Aufbauarbeit in Brigaden: Vorwiegend eine Erinnerung.